

Energieoption und Waldoption

Plädoyer für eine Doppelstrategie im Klimaschutz

UDO E. SIMONIS

„Statt nur die existierende Umwelt zu schützen, besteht ihre Strategie darin, die Grundlagen für eine nachhaltig-ökologische Entwicklung zu stärken“. Begründung des Norwegischen Nobel-Komitees für die Vergabe des Friedenspreises 2004 an die ‚Mutter der Bäume‘, Wangari Maathai

In Klimawissenschaft und Klimapolitik haben sich unterschiedliche Schulen gebildet, die untereinander nicht eins sind, aber einig darin, mit dem jeweils anderen Lager nicht eins sein zu wollen. Der technische Weg und der natürliche Weg zum Klimaschutz – in Sonderheit die Energieoption und die Waldoption – werden nicht immer und nicht von allen Wissenschaftlern und Politikern als zwei Wege zum gleichen Ziel verstanden, obwohl es gute Gründe für eine solche Doppelstrategie gibt. Ich nenne hier deren drei:

Machbarkeit und Realisierungschancen

Die Reduzierung der laufenden, zu hohen, CO₂-Emissionen und die Absorption der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre müssen parallel angegangen werden; mit technischen Maßnahmen allein ist die Vermeidung gefährlicher Klimaveränderungen nicht möglich.

Gerechtigkeit und internationale Kooperation

Der Großteil der akkumulierten wie der laufenden CO₂-Emissionen stammt aus den Industrieländern,

die nach Kriterien der internationalen und intergenerativen Gerechtigkeit die größten Reduktions- und Absorptionspflichten haben. Ein Großteil der gefährdeten aber zu erhaltenden Kohlenstoffspeicher und der zu mehrenden Kohlenstoffsinken (Aufforstung bzw. Wiederaufforstung) liegt in den Entwicklungsländern. Daher verspricht nur multi-sektorale internationale Kooperation einen maximalen Beitrag zum Klimaschutz.

Multiple Effekte und intersektorale Synergien

Der technische Weg, die Energieoption, zielt primär auf betriebswirtschaftliche Effizienzgewinne und führt nur bei „Ressourcenwechsel“ auf Erneuerbare Energien zu multiplen Effekten (wie Arbeitsmarkt, Regionalökonomie, Armutsreduzierung, usw.). Die Waldoption hat per se multiple Effekte und führt zu vielfältigen intersektoralen Synergien (wie Wasserschutz, Ernährungssicherung, Erhöhung der Holzquote im Bauwesen, usw.).

Wie aber steht es um die Äquivalenz des technischen und des natürlichen Weges zum Klimaschutz - der Energieoption einerseits und der Waldoption andererseits? Zur umfassenden Beantwortung dieser Frage müssten viele wissenschaftliche Studien und politische Dokumente herangezogen werden. Für diesen Beitrag beschränke ich mich auf einige wenige Quellen: auf den für den internationalen Klimaschutz zentral wichtigen Dritten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate

Change (IPCC 2001), die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll, sowie auf das für die nationale Diskussion zentrale Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zur Fortentwicklung der Klimaschutzstrategie im 21. Jahrhundert (WBGU 2003), das „Nationale Waldprogramm“ (Bundesministerium 2004) und die Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur „Waldwirtschaft“ (RNE 2004).

Der Dritte Sachstandsbericht des IPCC

Der IPCC-Bericht gibt einen kühlen Überblick zum Stand der Wissenschaft über den Klimawandel (AG I), die Notwendigkeiten der Anpassung an diesen Wandel (AG II) und die Möglichkeiten zur Begrenzung des Klimawandels (AG III) – über Science, Adaptation, and Mitigation, wie es im englischen Original heißt. Die wald-bezogenen Aussagen des Berichts in Stichworten.

AG I:

- Die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe sind der dominante Einfluss auf die Entwicklung der atmosphärischen CO₂-Konzentration.
- Mit steigender CO₂-Konzentration werden die Ozeane und die Landmassen einen immer geringeren Teil der anthropogenen CO₂-Emissionen absorbieren können.
- Bis zum Jahr 2100 ist eine CO₂-Konzentration zwischen 540 und 970 ppm (parts per million) zu erwarten, was 90% bzw. 250% über der CO₂-Konzentration im Jahr 1750 liegt (280 ppm).
- Für die Periode 1990 bis 2100 wird ein Anstieg der mittleren globalen, bodennahen Temperatur zwischen 1,4°C und 5,8°C projiziert.

Die AG II beschäftigt sich mit den notwendigen Anpassungen an den Klimawandel, dessen Vermeidung als unwahrscheinlich angesehen wird.

In AG III heißt es unter anderem:

- Die Klimaänderung ist global, langfristig und mit komplexen Interaktionen verschiedener Prozesse verbunden.

- Die Wahl des Energiemix bestimmt, ob und auf welchem Niveau (und zu welchen Kosten) die Treibhausgaskonzentration stabilisiert werden kann.
- Als bedeutende Innovationen für die Treibhausgasreduktion sind die Markteinführung der Windgeneratoren, das Hybridauto, die Brennstoffzelle, ein verbessertes Energiemanagement und Techniken zur Sequestrierung von Kohlenstoff genannt.
- Als Sektor für potenzielle globale Emissionsreduktionen wird die Landwirtschaft, nicht aber die Forstwirtschaft explizit aufgeführt.
- Bei den Schätzungen zu den Kosten und Nutzen technischer Minderungsmaßnahmen referiert der Bericht das Kyoto-Protokoll, das bekanntlich drei zentrale Umsetzungsmaßnahmen im internationalen Klimaschutz vorsieht:
 - den Handel mit Emissionszertifikaten,
 - Joint Implementation, die gemeinsame (zwischenstaatliche) Umsetzung von Maßnahmen und
 - den Clean Development Mechanism, der den Technologietransfer zwischen Nord und Süd organisieren (finanzieren) soll.
- Modellstudien für die Erfüllung der Kyoto-Ziele zeigen nationale Grenzkosten zwischen 20 US\$ und 600 US\$ je Tonne reduzierten Kohlenstoffs ohne internationalen Emissionshandel und zwischen 15 US\$ und 150 US\$ mit Emissionshandel.
- Der IPCC-Bericht konzidiert, dass einer erfolgreichen Umsetzung technischer Minderungsmaßnahmen vielfältige Hindernisse entgegenstehen.

Zum natürlichen Weg des Klimaschutzes, insbesondere zur Waldoption, sagt der IPCC-Bericht also wenig. Er gehört nicht zu den pro-aktiven Dokumenten – und als Meilenstein einer globalen Waldpolitik kann er schon gar nicht angesehen werden. Man steht sich eher selbst im Wege, ist skeptisch bezüglich der Umsetzung der Energieoption, aber reflektiert nicht die Rolle, die dem natürlichen Weg zukommen könnte, wenn sich der technische Weg als steinig oder gar blockiert erweisen

sollte. Doch konstatiert man zumindest das grundsätzliche Mögliche, dass eine biologische CO₂-Minderung mittels dreier Strategien umgesetzt werden kann, durch:

1. Erhaltung bestehender Kohlenstoffspeicher;
2. Speicherung von Kohlenstoff durch Vergrößerung bzw. Mehrung von Kohlenstoffspeichern;
3. Substitution, d.h. Ersatz nicht nachhaltiger Produkte und Techniken durch nachhaltig produzierte biologische Produkte.

Fast alles aber, was um diese grundsätzlichen Möglichkeiten herum argumentiert wird, dient dazu, sie klein zu reden - ja, sie zu diskreditieren.

Zum Beleg einige wörtliche Zitate:

„... mit Konservierung und Speicherung von Kohlenstoff (kann) Zeit für die weitere Entwicklung und Umsetzung anderer Optionen gewonnen werden“ (S. 87).

„Erhaltung und Speicherung von Kohlenstoff ... können in der Zukunft zu höheren Emissionen führen, wenn diese Ökosysteme ... verändert werden.“ (S. 87).

„Eine Erhaltung kann nur nachhaltig gestaltet werden, wenn die sozioökonomischen Einflüsse auf die Abholzung ... kontrolliert werden können“ (S. 87).

Auf solchen Prämissen lässt sich - so denke ich - keine aktive internationale Klimapolitik aufbauen.

- Wie viel Zeit brauchen wir für eine effektive Energieoption, wie viel für die Waldoption?
- Wie kann dafür gesorgt werden, dass Waldökosysteme stabil bleiben?
- Was muss getan werden, damit Kahlschlag von Wäldern unterbleibt und Wiederaufforstung geschieht?

So oder ähnlich hätte man fragen müssen. So oder ähnlich hätte man die selbst gestellten Fragen umgehen können. Immerhin, im LULUCF- (Land Use, Land Use Change and Forestry)-Bericht des IPCC hat es ansatzweise Antworten auf diese Fragen gegeben: Das globale Potenzial an biologischen Minderungsmöglichkeiten bis zum Jahr

2050 wurde auf 100 Gigatonnen Kohlenstoff geschätzt. Je nach Annahme über die Entwicklung der Emissionen aus fossilen Brennstoffen entspricht dies 10 % bzw. 20 % der globalen CO₂-Emissionen.

Wenn man sich beim biologischen Minderungspotenzial aber um die Hälfte verschätzt haben sollte (was durchaus möglich ist), die fossilen Emissionen dagegen nicht wie erwartet reduziert werden (was sehr wahrscheinlich ist), dann wären Energieoption und Waldoption schon nahezu pari-pari – technischer Weg und natürlicher Weg des Klimaschutzes wären gleichrangig, Techniker und Forstleute stünden auf gleicher Augenhöhe.

Das Ausschöpfen dieses biologischen Minderungspotenzials hängt natürlich von vielen Faktoren ab. Es aber nicht einmal ernsthaft in Betracht zu ziehen, ist eine sträfliche Vernachlässigung wissenschaftlicher und politischer Redlichkeit. Der IPCC-Bericht sieht – und da besteht kein Widerspruch – das größte biologische Potenzial für die Verminderung des atmosphärischen CO₂ in den tropischen und subtropischen Regionen. Dort, wo die meisten Armen der Welt leben und die Einkommen niedrig sind, liegen auch die Kosten biologischer Verminderung signifikant niedriger als in den nichttropischen Ländern: zwischen 0,1 US\$ und 20 US\$ je Tonne Kohlenstoff gegenüber 20 bis 100 US\$ je Tonne!

Wenn auch die Kostenanalysen verbesserungsbedürftig und die Kohlenstoffbilanzierungen erweiterungsbedürftig sind - hier liegt ein Hebel für eine ökonomisch effiziente, sozial akzeptable und ökologisch effektive internationale Waldoption, auch und besonders, wenn weitere Synergieeffekte in den Blick genommen werden: der Beitrag zum Erhalt der Biodiversität, der Schutz von Wassereinzugsgebieten, der Stopp der Wüstenausbreitung, der ländliche Beschäftigungsgrad, die lokale Demokratie ...

Wo falsch gerechnet wird, kann nichts Gutes gedeihen. Das wissen wir aus der Schule. Das könnte

aber auch ein zentraler Grund dafür sein, dass eine Äquivalenz im Klimaschutz - zwischen Energie- und Waldoption - nicht eintreten will.

Der IPCC-Bericht endet mit der Rubrik „Wissenslücken“. Zusätzliche und bessere Informationen seien nötig, um Unsicherheiten zu reduzieren und politische Klimastrategien besser fundieren zu können - und es werden Schwerpunkte genannt, die allesamt Schnittstellen von naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Forschung darstellen. Da der Vierte Sachstandsbericht des IPCC kurz vor dem Abschluss steht, darf die Vermutung gelten, dass man aus Fehlern der Vergangenheit lernt - und in Zukunft ausgewogener und überzeugender argumentieren wird.

Die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll

Die Klimarahmenkonvention ist seit 1994 ein völkerrechtlich bindender Vertrag. Noch 1990 hatte sich ein strategischer Konsens abgezeichnet, wonach im Rahmen dieser Konvention zwei Umsetzungsprotokolle formuliert werden sollten: ein Wald- und ein Energieprotokoll. Dazu aber kam es nicht aus Gründen divergierender Nord-Süd und West-Ost-Interessen (Davenport 2006). Das Kyoto-Protokoll von 1997, das im Februar 2005 in Kraft trat, ist im Wesentlichen ein ökonomisches Dokument mit einem zentralen, aber nicht operablen Ziel, mit innovativen aber konfliktträchtigen Instrumenten, mit institutionellen Elementen, die interpretationsbedürftig sind und mit nur rudimentären Anreiz- und Sanktionsmechanismen für Wohl- bzw. Fehlverhalten der Vertragsstaaten.

Artikel 2 der Klimarahmenkonvention legt das Ziel wie folgt fest: „Das Endziel dieses Übereinkommens ... ist es, ... die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit

sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelproduktion nicht gefährdet wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann.“

Zweierlei fällt hierbei auf:

1. Der Blick wird auf die Treibhausgaskonzentration gelegt, nicht auf die Klimaänderung selbst; es bleibt also offen, was eine gefährliche (und für wen und was gefährliche) Klimaänderung ist.
2. Man geht von Anpassungserfordernissen aus, was im Umkehrschluss bedeutet, dass das völlige Vermeiden einer Klimaänderung nicht mehr im Blick ist bzw. nicht mehr für möglich gehalten wird.

Der IPCC-Bericht von 2001 geht, wie erwähnt, von einer Spannbreite der Erderwärmung zwischen 1,4°C und 5,8°C aus, ohne sich festzulegen, welcher Wert als gefährlich im Sinne des o.g. Art. 2 anzusehen sei; das Stabilisierungsziel bleibt also offen, wird nicht fixiert. Hier setzt das Sondergutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von 2003 an.

Das Sondergutachten des WBGU

Im Sinne einer qualitativen Einschätzung sieht der WBGU „... die Grenze, ab der die Schäden am globalen Naturerbe nicht mehr hinnehmbar sind, ... im Bereich von 2°C globaler Erwärmung gegenüber vor-industriellen Werten“ an (S. 1). „Da die globale Mitteltemperatur seit der Industrialisierung bereits um 0,6°C gestiegen ist, ist eine weitere Erwärmung von nur noch 1,4°C tolerabel“ (S. 2). Daraus folgert der WBGU, dass im Sinne einer „Absicherungsstrategie“ von einer CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unterhalb von 450 ppm ausgegangen werden solle. Hierzu müsste bis zum Jahr 2050 eine Minderung der globalen energiebedingten CO₂-Emissionen von 45 bis 60 % gegenüber dem Jahr 1990 angestrebt werden (S. 2).

Die erforderlichen Maßnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen sieht der WBGU auf drei Gebieten:

1. Verstärkte Energieeinsparungen;
2. Strukturelle Änderungen, insbesondere Einsatz erneuerbarer Energieformen und kohlenstoffarmer konventioneller Technologien,
3. geologische CO₂-Speicherung (S. 3).

Kein Platz also für die „Waldoption“ – auch nicht bei 60 % Reduktionserfordernis?! Doch dann wird der WBGU regelrecht progressiv – und zwar bei der Zuteilung von Emissionsrechten. Um den Zielpfad zur Stabilisierung der CO₂-Konzentration (450 ppm) einzuhalten, könne global nur ein begrenztes Budget von Emissionsrechten zur Verfügung stehen. Daher wird für eine Verteilung von Emissionsrechten nach dem Prinzip von „Verringerung und Konvergenz“ plädiert: langfristig drastische Verringerung, Konvergenz im Jahr 2050 – im Sinne der Angleichung auf weltweit gleiche Pro-Kopf-Emissionen (S. 3).

Ein revolutionärer Vorschlag! Auch ein realistischer Vorschlag? Spät, sehr spät, konzidiert der WBGU, dass die terrestrische Biosphäre im globalen Kohlenstoffkreislauf eine große Rolle spiele: „Naturnahe Wälder, Feuchtgebiete und Grasland sind wichtige Speicher für Kohlenstoff, solange sie nicht gerodet, entwässert oder umgepflügt werden“ (S. 4). Das im Kyoto-Protokoll vorgesehene Anrechnungsverfahren biologischer Quellen und Senken sei aber nicht geeignet; Anreize zum Erhalt dieser natürlichen Speicher zu geben (S. 4). Der WBGU empfiehlt daher die internationale Vereinbarung eines „Protokolls zur Erhaltung der Kohlenstoffvorräte terrestrischer Ökosysteme“, einschließlich der Einrichtung eines Systems handelbarer Nutzungsverzichtsverpflichtungen (S. 4).

Nun, wissenschaftliche Gutachten sind, wenn's gut geht, Teil der Lösung eines Problems; gelegentlich aber sind sie auch Teil des Problems selbst. Ich fürchte, hier liegt der zweite Fall vor. In Frageform ausgedrückt:

- Wie kommt es, dass – physikalisch – nur über den Erhalt, nicht aber die Mehrung der Kohlen-

stoffvorräte terrestrischer Ökosysteme räsontiert wird?

- Wie kommt es, dass – politisch – eine zusätzliche zwischenstaatliche Verpflichtung vorgeschlagen wird, statt die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen einzufordern?

Das Kyoto-Protokoll ist bezüglich der Behandlung der natürlichen Senken - und anders als der WBGU unterstellt – durchaus deutlich:

- Art. 3, Absatz 3 differenziert zwischen Treibhausgasemissionen nach Quellen und der Absorption von Treibhausgasemissionen nach Senken.
- Art. 3, Absatz 4 verlangt die Ermittlung der nationalen Kohlenstoffvorräte im Jahr 1990 und deren Veränderung seither. Die Konferenz der Vertragsparteien (COP) muss über die Modalitäten entscheiden, wie welche anthropogenen Änderungen der Treibhausgasemissionen nach Quellen und der Absorption von Treibhausgasemissionen nach Senken – getrennt nach landwirtschaftlichen Flächen, Landnutzungsänderungen und verschiedenen Wald-Kategorien – den zugewiesenen Pflichten der Vertragsstaaten hinzugefügt oder von ihnen subtrahiert werden müssen.

Wo Unsicherheiten bestehen, ist Transparenz der Berichterstattung und Verifikation der Daten besonders wichtig – kein Zweifel. Aber aus diesem grundsätzlichen Problem der Politikformulierung und -umsetzung auf eine viel versprechende und notwendige Option zu verzichten bzw. deren Potenzial zu negieren oder zu unterschätzen, ist klimapolitisch unverantwortlich.

Der Vorschlag des WBGU zur Vereinbarung eines zusätzlichen Protokolls im Rahmen der Klimarahmenkonvention rührt hingegen an die Logik der Architektur der internationalen Umweltpolitik - im konkreten Fall des Vorschlages („Protokoll zur Erhaltung der Kohlenstoffvorräte terrestrischer Ökosysteme“) an die der Waldpolitik.

Zur Institutionalisierung der internationalen Waldpolitik

Die Geschichte der Institutionalisierung der internationalen Waldpolitik ist - um es deutlich zu sagen - keine Erfolgsgeschichte. Insofern könnte jeder neue Vorschlag ein Beitrag zur Aktivierung bzw. Revitalisierung des Themenfeldes sein. Doch wie steht's damit?

Auf der Rio-Konferenz 1992 (UNCED) konnte man sich - anders als beim Thema Klima, Biodiversität und Desertifikation - nicht auf eine globale Wald-Konvention einigen. Die Industrieländer sahen darin zwar eine mögliche Stärkung der Klima- und Biodiversitäts-Konvention; die Entwicklungsländer befürchteten aber eine Beeinträchtigung ihrer Souveränitätsrechte. Drei Jahre lang herrschte Funkstille. Nach 1995 entstanden dann drei, jeweils temporäre internationale Wald-Institutionen:

- das Intergovernmental Panel on Forests (IPF), von 1995 - 1997;
- das Intergovernmental Forum on Forests (IFF), von 1997 - 2000;
- das United Nations Forum on Forests (UNFF), von 2001 - 2005.

IPF wie IFF generierten eine breite Palette an Vorschlägen zu nachhaltigem Forstmanagement, fanden aber keinen Konsensus für eine globale, vertraglich abgesicherte Waldstrategie. Das UNFF hatte einen höheren Status (universelle Mitgliedschaft, Multi-Stakeholder-Dialog), doch zu einem entscheidenden Durchbruch kam es nicht - einer völkerrechtlich bindenden Wald-Konvention, die nicht nur dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der bestehenden Wälder und der gerechten Verteilung der aus ihrer Nutzung entstehenden Vorteile dienen müsste, sondern auch und vor allem der globalen Mehrung und Wiederherstellung der Wälder (Aufforstung und Wiederaufforstung). UNFFinished business - sozusagen.

Die Waldkrise ist inzwischen akut, wie ein Bericht der FAO vom März 2007 belegt. Auf der Welt gibt

es immer weniger Wald. In den letzten fünf Jahren sind weitere 120 Mio. Hektar Wald verschwunden, 3 % der gesamten Waldbestände. Es ist unverständlich, wie der WBGU angesichts dieser historisch und politisch einzigartigen Situation einen institutionellen Vorschlag einbringen konnte, der die Geschichte des Versagens der internationalen Waldpolitik nicht reflektiert, eine überzeugende Alternative nicht begründet und die noch bestehenden Chancen einer passablen Einigung auf der internationalen Ebene nicht eruiert.

Das Nationale Waldprogramm

Wie aber sieht die Lage auf der nationalen Ebene aus? Ergibt sich hier vielleicht ein optimistischeres Szenario für die Waldoption? Zwei Initiativen sind anzusprechen:

- das „Nationale Waldprogramm“ und
- die „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“.

Das „Nationale Waldprogramm“, das sich aus einem schrittweisen forstpolitischen Dialog nach 1999 ergab, ist primär kein Klimaschutzprogramm, also keine Symbolisierung der Waldoption. Es ist aber immerhin ein breiter gesellschaftlicher Verständigungsprozess darüber, wie nachhaltige Waldbewirtschaftung aussehen könnte (sollte), die den vielfältigen forstlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen Rechnung trägt und den internationalen Vereinbarungen zur Nachhaltigkeit entspricht. Als konkrete Handlungsfelder wurden formuliert: „Internationaler Handel“, „Biologische Vielfalt“, „forstpolitische Instrumente“, „ökonomische Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft“ und „Neue Rollen des Waldes“.

Nur 31 % der deutschen Landesfläche sind von Wald bedeckt. Walderhalt und nachhaltige Nutzung liest sich aus den Zeilen und zwischen den Zeilen des Nationalen Waldprogramms; doch Waldmehrung ist das Thema nicht! Es gibt nicht einmal eine Ausrichtung am europäischen Durchschnitt (EU 15), der immerhin bei 37 % liegt. Zwar wird der globale Entwaldungsprozess (Urwaldzer-

störung, illegaler Holzeinschlag, Korruption) beklagt; die Chance, den Wald als Klimastabilisator, die Waldoption als zentrales Element des Klimaschutz zu begreifen, wurde aber verpasst.

Das „Nationale Waldprogramm“ stellt zum Schluss die eher rhetorische Frage „Wie geht es weiter?“ Ein Prozess- und Umsetzungsmonitoring sei zu empfehlen, womit die Qualität des Dialoges und der Handlungsempfehlungen, aber auch die Wahrnehmung des Waldprogramms in der Öffentlichkeit geprüft werden sollen. Könnte es sein, dass eine Waldoption im Klimaschutz bei all diesen drei Prüfungen bessere Ergebnisse erbringen würde?

Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

„Waldwirtschaft als Modell für nachhaltige Entwicklung: ein neuer Schwerpunkt für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ - dieser Text des Rates für Nachhaltige Entwicklung macht neugierig (RNE 2004).

„Die Waldwirtschaft ist in einem Dilemma“, heißt es dort. „Kein Wirtschaftszweig sonst kann so hervorragend deutlich machen, was es konkret heißt, mit Ressourcen nachhaltig umzugehen und den Bedürfnissen zukünftiger Generationen gerecht zu werden ... Trotzdem gelingt das nicht; vielmehr steht die nationale Waldwirtschaft vor immer neuen Aufgaben und Zielkonflikten“ (S. 2).

Der RNE verfolgt mit dem Schwerpunktthema „Waldwirtschaft“ zwei Ziele:

- Einerseits soll damit das Leitbild der Nachhaltigkeit sektoral verknüpft und anschaulich ‚transportiert‘ werden;
- andererseits soll die Waldwirtschaft zu einer Neuausrichtung ihrer Leistungsfähigkeit aufgefordert werden.

Im Hinblick auf die Waldoption sind zwei Gesichtspunkte relevant - und auch anregend formuliert:

1. Wald- und Holzwirtschaft dienen der Klimavorsorge

In den Wäldern Deutschlands sind etwa 2,5 Mrd. Tonnen Kohlenstoff gespeichert. Das entspricht etwa der 10-fachen Menge der jährlichen CO₂-Emissionen durch Nutzung fossiler Brennstoffe. Bei nachhaltiger Waldbewirtschaftung kann Holz diesen Speicher klimaneutral entnommen und zu Produkten verarbeitet werden. Durch Wieder- und Weiterverwendung von Holzprodukten lässt sich die Nutzungsdauer und damit die Dauer der CO₂-Fixierung erheblich verlängern.

Hinzukommt, dass durch Holzverwendung energieaufwendige Materialien in Konkurrenzprodukten sowie fossile Energieträger substituiert werden können. Naturnahe Waldwirtschaft und nachhaltige Holznutzung leisten (mit rund 10 %) bereits heute einen beachtlichen Beitrag zur Minderung der CO₂-Emissionen. Und dann kommt die Botschaft: Dieser Beitrag kann künftig wesentlich erhöht werden! (S. 9).

Eine strategische Größe ist hierbei die Holzquote, der Anteil von Holz an der Gesamtsubstanz von Hausbauten. Diese Quote liegt in Deutschland gerade mal bei 14 %, in den Niederlanden bei 33% – in den skandinavischen Ländern aber bei über 50 %!

2. Die deutsche Waldwirtschaft muss mehr internationale Verantwortung übernehmen

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung ist der Auffassung, dass Deutschland einen nicht unerheblichen Einfluss darauf haben könnte, wie Wälder in anderen Teilen der Welt bewirtschaftet werden. Es ist einer der einflussreichsten Verhandlungspartner in der Welthandelsorganisation (WTO), ist ein wichtiger Geldgeber der internationalen Entwicklungszusammenarbeit - und die deutsche Forstwissenschaft genießt hohes Ansehen in der Welt. Diese Möglichkeiten sollten genutzt werden. Der Rat sagt leider nicht wie. Die genannten drei Pilotprojekte: „Innovationsinitiative Holz“, „Nachhaltigkeitsbildung“, und „Vermarktungsinitiative Holz“ sind zu allgemein formuliert.

Folgerungen

Zum internationalen Klimaschutz gibt es nicht nur einen Weg, den technischen Weg, der im Wesentlichen die Energieoption beschreibt, vor allem die Energieeffizienz, die Erneuerbaren Energien und die technische Bindung des atmosphärischen Kohlenstoffs. Es gibt auch den natürlichen Weg, der im Wesentlichen die Waldoption beschreibt, vor allem den Erhalt der bestehenden Kohlenstoffspeicher (Urwälder und naturnahe Waldbewirtschaftung), die Substitution energieintensiver Materialien durch biologische Produkte und die Vergrößerung bzw. Mehrung der Kohlenstoffspeicher durch (Wieder-) Aufforstung.

Die ungleiche Beachtung, Bewertung und Anwendung der beiden Optionen im Klimaschutz hat unterschiedliche Gründe: solche informatorischer, konzeptioneller und macht- und interessen geleiteter Art, aber auch solche wie Einfallslosigkeit, Fantasielosigkeit und Zukunftspessimismus. Die Informationsbasis verbessern, neue Konzepte entwickeln, Machtblockaden überwinden, Interessen kommender Generationen simulieren, fantasievoller werden, neue Zukunftsszenarien entwickeln – dies wären dann die allgemeinen Schlussfolgerungen.

Die besonderen Schlussfolgerungen aber sind institutioneller Art. Es bedarf durchgreifender institutioneller Innovationen auf der internationalen Ebene:

- der pro-aktiven Interpretation, Umsetzung und Fortschreibung des Kyoto-Protokolls,
- der Fortentwicklung des Forums für Wälder der Vereinten Nationen, möglichst in Richtung einer globalen, völkerrechtlich verbindlichen Wald-Konvention, die

1. dem Schutz und
2. der nachhaltigen Bewirtschaftung der vorhandenen Wälder,
3. der Mehrung der Wälder durch Aufforstung bzw. Wiederaufforstung und
4. dem fairen Vorteilsausgleich aus der Nutzung der Wälder (Vorbild: Biodiversitäts-Konvention) gewidmet ist.

Prof. Dr. Dr. h.c. Udo E. Simonis ist Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und Redakteur des „Jahrbuchs Ökologie“.

Literatur

Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hg.): Nationales Waldprogramm. Ein gesellschaftspolitischer Dialog zur Förderung nachhaltiger Waldbewirtschaftung, Berlin 2004.

Davenport, D.S.: Global Environmental Negotiations and US Interests, New York 2006.

International Union for the Conservation of Nature (IUCN) et al.: Options for Strengthening the International Legal Regime for Forests. A Report prepared for the European Commission, Gland 1996.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Climate Change 2001, Cambridge 2001.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE): Waldwirtschaft als Modell für nachhaltige Entwicklung. Ein neuer Schwerpunkt für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin 2004.

United Nations: Ministerial Declaration and Message from the United Nations Forum on Forests for the World Summit on Sustainable Development, New York 2002.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Über Kioto hinaus denken. Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert. Sondergutachten, Berlin 2003.